



FRANKFURT magazin

CDU Frankfurt
Europawahl
CDU erneut stärkste
Partei in Frankfurt



CDU Frankfurt
**Ausbau der
Universität**
Corts besichtigte
Campus Westend



CDU-Fraktion
**AK Große
Städte der KPV**
Becker wird
stv. Vorsitzender



CDU-Fraktion
**Innovationen aus
Frankfurt**
CDU besucht
Brennstoffzellen-
Unternehmen



Urban Entertainment Center: Ein Plus für Frankfurt



Nr. 3 Juli 2004

Titelbild:

Collage: m/p/m DigitalAgentur
Fotos: Vivico Real Estate

Editorial 3

THEMA: Urban Entertainment Center: Ein Plus für Frankfurt 4

SONDERTEIL EUROPAWAHL

Ergebnisse der Europawahl 2004 in Frankfurt am Main 8

„Europäisches Flair im Herzen Frankfurts“ 9

„Schnappschüsse“ aus dem Frankfurter Europawahlkampf 10

AUS DER PARTEI

Ausbau der Goethe-Universität soll 2005 beginnen 12

Kalbacher CDU lud zum Riedberg-Spaziergang 13

Museumsufer erhält ein neues Gewand 14

Stabwechsel beim Arbeitskreis Wirtschaft und Umwelt 14

Pressearbeit 15

AUS DER FRAKTION

Auf weitere gute Jahre 16

Markus Frank: Innovationen aus Frankfurt sind gut für Umwelt und Arbeitsplätze 17

Uwe Becker einstimmig zum stellvertretenden Vorsitzenden des Arbeitskreises „Große Städte in Deutschland“ gewählt 18

Stadtkämmerer im Amt bestätigt – „Gut für Frankfurt“ 19

Alexander Zell geht zur CDU Hessen 19

Pressearbeit 20

Stephan Siegler: Frankfurt ist und bleibt sicher 22

Anträge und Anfragen 23

Terminkalender der Frankfurter CDU 24

Impressum

Herausgeber:
CDU-Kreisverband
und CDU-Fraktion
Frankfurt am Main

CDU-Kreisverband:
Hanauer Landstraße 7 (Zoopassage)
60314 Frankfurt am Main
Tel.: (069) 153099-0
www.cdu-ffm.de

CDU-Fraktion:
Bethmannstraße 3
60311 Frankfurt am Main
Tel.: (069) 138728-0
www.cdu-fraktion-ffm.de

Redaktion:
Thomas Feda
(verantwortlich für Parteiteil)
E-Mail: feda@cduffm.de
Alexander Zell (az)
(verantwortlich für Fraktionsteil)
E-Mail: alexander.zell@cdu-fraktion.frankfurt.de

Druck:
m/p/m DigitalAgentur
media process management GmbH
Tel.: (06131) 9569-20
E-Mail: info@digitalagentur-mpm.de

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber und der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 17. September 2004

Letzte Meldung:

Alte Brücke bleibt fünfspurig

Die CDU-Fraktion hat sich mit ihrer Forderung zur 5-spurigen Sanierung der Alten Brücke durchgesetzt.

In einem am 17. Juni vorgelegten gemeinsamen Antrag von CDU, SPD und FDP wird der Magistrat aufgefordert, die Sanierung der Alten Brücke mit 5 Fahrspuren unter Beibehaltung der heutigen Abbiegespuren vorzusehen.

„Es wäre ein Schildbürgerstreich erster Ordnung geworden, wenn sich die ursprüngliche Forderung von SPD und Grünen zur Verkleinerung der Alten Brücke auf nur 4 Fahrspuren durchgesetzt hätte“, erklärte der CDU-Fraktionsvorsitzende Uwe Becker. In der Simulation der Straßenverkehrsbehörde, die diese im Verkehrsausschuss zu Beginn des Jahres vorgestellt hatte, sei klar erkennbar gewesen, dass eine Reduzierung der Fahrspuren zu einem Verkehrszusammenbruch auf der Alten-, der Ignatz-Bubis- und der Flößerbrücke führen würde; und das innerhalb einer Stunde. Auch auf den wichtigen Mainuferstraßen würde der Verkehr im morgendlichen Berufsverkehr nach nur wenigen Minuten zum Stillstand kommen. „Wir haben es geschafft, dass diese für den Verkehr so wichtige Nord-Süd-Verbindung in Frankfurt auch für die Zukunft in ihrer Leistungsfähigkeit erhalten bleibt; alles andere wäre eine Katastrophe geworden“, so Becker. ■





Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

die Europawahl 2004 kann in Frankfurt am Main als historisch bezeichnet werden: Erstmals sank die Wahlbeteiligung unter 40 Prozent; mit 19,3 Prozent erreichte die SPD ihr schlechtestes Ergebnis seit 1946; die Grünen wurden mit 25 Prozent zweitstärkste Partei.

Der Wahlausgang ist ernüchternd für uns: Als Frankfurter CDU sind wir mit 35,1 Prozent mit deutlichem Abstand zwar stärkste Partei geblieben und liegen damit im oberen Drittel der anderen Großstädte in Deutschland, allerdings haben wir im Vergleich zur Europawahl 1999 neun Prozentpunkte verloren. Es ist uns leider nicht gelungen, die bundespolitische Zustimmung sowie den zugewiesenen Kompetenzvorsprung in Europaangelegenheiten in ein besseres Ergebnis umzumünzen. Unsere Stammwähler konnten durch die „Denkzettelkampagne“ der Bundes-CDU auch in Frankfurt nicht ausreichend mobilisiert werden.

Für die nächsten Wahlen müssen wir uns deutlicher thematisch positionieren und die Leitlinien unserer Politik überzeugend in die Bevölkerung hineinbringen und uns damit als moderne Großstadtpartei und Volkspartei profilieren.

Ich möchte mich bei allen Parteifreundinnen und -freunden für die geleistete Arbeit im Wahlkampf bedanken. Insbesondere bedanke ich mich bei unseren beiden Europakandidaten, Prof. Dr. Daniela Birkenfeld und Dr. Ralf-Norbert Bartelt, die einen engagierten Wahlkampf geführt haben.

Zu der notwendigen inhaltlichen Positionierung gehört es, dass wir die Leitthemen der Stadtentwicklung bestimmen und klar vertreten. Dazu zählt eine engagierte Standort- und Wirtschaftspolitik mit der Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur genauso wie die Weiterentwicklung Frankfurts als sozial ausgewogener Lebensmittelpunkt



für die Menschen in unserer Stadt. Eine Politik, die Familien in ihren unterschiedlichsten Alltagsfragen unterstützt und auch Wohn- und Lebensformen akzeptiert und ermöglicht, wie diese Teil der Lebenswirklichkeit einer Großstadt sind. Eine Politik, die der demografischen Entwicklung unserer Gesellschaft genauso Rechnung trägt wie den Herausforderungen der Integration der nichtdeutschen Bevölkerung.

In diesem Sinne grüßen wir Sie herzlich
Ihre

Udo Corts MdL,
Kreisvorsitzender

Wir wollen Frankfurt weiter voranbringen und werden unsere Vorstellungen auch über den Rahmen der Zusammenarbeit im Römerbündnis hinaus klar und deutlich artikulieren. Der Ausbau des Frankfurter Flughafens gehört hier genauso dazu wie die Entwicklung des Europaviertels mit dem Bau des Urban Entertainment Center (UEC) als Startschuss. Gleichzeitig werden wir die Attraktivität der Innenstadt steigern und die Aufwertung der Zeil genauso betreiben wie die noch stärkere Erlebarmachung des Mains als städtischen Erholungsraum. Hier werden wir Themen anpacken, die wie das Parkhaus unter dem Main zukunftsweisenden Charakter besitzen. So wie wir bei der Erneuerung der Alten Brücke nun die Partner im Römerbündnis auf unseren Kurs gebracht haben, wollen wir auch in den übrigen Handlungsfeldern das Profil der CDU erkennbar herausstellen. Wo uns derzeit die Mehrheiten fehlen, werden wir mit offenem Visier unsere Vorstellungen in die Öffentlichkeit tragen, um spätestens dort den notwendigen Rückhalt für unsere Positionen zu gewinnen und so das Fundament für eine Mehrheit für unsere Politik in Frankfurt zu legen. Kreisvorstand und Fraktion werden hierzu gemeinsam in den nächsten Monaten die erforderlichen Weichenstellungen vornehmen.

Uwe Becker,
Fraktionsvorsitzender

Urban Entertainment Center:

Ein Plus für Frankfurt

In den vergangenen Monaten ist die Diskussion um das Urban Entertainment Center (UEC) wieder neu angestoßen worden. In der Öffentlichkeit und vor allem in den politischen Gremien wird heftig über Vor- und Nachteile des Projektes auf dem Gelände des ehemaligen Hauptgüterbahnhofes debattiert. Handelt es sich beim UEC um ein normales Einkaufszentrum mit gewöhnlichem Einzugsradius oder um ein attraktives Erlebniszentrum, das einen überregionalen Anziehungspunkt und städtebaulichen Antriebsmotor darstellt?

Aktuelle Diskussion

Das Planungsrecht für die östliche Hälfte des Europaviertels hat die Stadt bereits geschaffen. Hochhäuser, Wohnquartiere, Straßen und selbst das eigentliche UEC könnten gebaut werden. Worum geht es also? Neben großem wirtschaftlichen Mut der Investoren geht es auch um die Unterstützung seitens der Stadt – nicht durch finanzielle Hilfen, sondern beim Baurecht. Es geht darum, dass die Investoren zu Gunsten der ersten wirklich großen Baumaßnahme von einer Milliarde Euro im Europaviertel die Zusage der Stadt erbitten, 10.000 m² mehr Einzelhandelsfläche errichten zu können als ursprünglich geplant. Die Wirtschaftlichkeit der bisher genehmigten Einzelhandelsflächen beurteilt die Fachwelt nahezu einmütig als nicht rentabel. Insgesamt verfügt Frankfurt heute über knapp 1.000.000 m². Der Flächenzuwachs beträgt also rund ein Prozent. Dazu der Planungsdezernent Edwin Schwarz (CDU): „Die Frage ist, ob man wegen 10.000 m² eine Investition von über 1 Milliarde Euro an



Das UEC soll ein attraktives Erlebniszentrum werden, das einen überregionalen Anziehungspunkt und städtebaulichen Antriebsmotor darstellt.

Frankfurt vorbeigehen lassen will. Wenn das UEC nicht kommt, kommen ähnliche Einrichtungen im Umland.“ Schwarz erinnerte dabei an das Main-Taunus-Zentrum, das fünf Kilometer vor der Stadtgrenze liegt, an die 30.000 m² großflächiger Einzelhandelsflächen, die in Hanau genehmigt wurden und an die neuen 40.000 m² in Weiterstadt.

Blick über die Stadtgrenzen

Oft ist in diesen Tagen auch die Frage gestellt worden: Gibt es ein derartiges Projekt schon? Gerade in den USA hat sich die Erkenntnis, dass Menschen nicht mehr bereit sind, allein wegen des Einkaufens einen weiten Weg auf sich nehmen, dazu geführt, Einkaufen mit dem Erlebnis

von etwas Einmaligem zu kombinieren. In den Vereinigten Staaten sind die „künstlichen Welten“, von denen jede die andere mit besonderen Attraktionen zu übertreffen versucht, über das ganze Land verteilt. Eins zu eins übertragen kann man das Konzept aus den USA wohl nicht. Anders als in den Vereinigten Staaten gibt es in Deutschland funktionierende und gewachsene Innenstädte.

In Deutschland gibt es lediglich am Potsdamer Platz in Berlin eine Kombination aus Einkaufs- und Unterhaltungsmöglichkeiten, das den Namen Urban Entertainment Center verdient. Das SI-Center in Stuttgart ist wesentlich kleiner als das UEC in Frankfurt und das Centro in Oberhausen hält lediglich ein

großes Gastronomieangebot mit Kinderspielplätzen für seine Kunden bereit.

Risiken und Chancen

In der Diskussion um die Erweiterung der Einzelhandelsfläche werden auch die Risiken für Frankfurt diskutiert. Als Hauptargument wird dabei oft genannt, dass mit dem UEC eine Konkurrenz für den ohnehin am kaufunwilligen Kunden leidenden Einzelhandel in der Frankfurter Innenstadt entstehen würde. Auch die Planungen des Unterhaltungsbereiches werden von den Kritikern gerne als Etikettenschwindel bezeichnet. Diese Auffassung teilt die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) nicht: „Das UEC wird der Auftakt zur erfolgreichen Entwicklung des Europa-Viertels sein. Im trüben Wirtschaftsklima, das zur Zeit in Deutschland herrscht, ist Frankfurt der richtige Platz, unsere Vitalität



Vogelperspektive aus Südwest auf die Parklandschaft auf dem Dach

zu belegen. Viele aktuelle Vorhaben beweisen die Attraktivität und Wirtschaftskraft unserer Stadt. Das Milliarden-Projekt UEC ist ein klares Signal, dass hier Investoren und Planer willkommen sind – und dann die Besucherinnen und Besucher.“ Das UEC werde die Zentralfunktion Frankfurts weiter stärken. Damit wird Frankfurt/Rhein-Main

vom Kern aus entwickelt und gestaltet. Das UEC schaffe während des Baus viele Arbeitsplätze; im Betrieb werde es allein in den Sektoren Erlebnis, Einkauf und Gastronomie etwa 3000 neue Arbeitsplätze geben. Für das Europa-Viertel geht Oberbürgermeisterin Roth von 32.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen aus.

Jenseits der wirtschaftlichen Fakten ist das UEC jedoch noch mehr. Es ist konzipiert für die Bürger Frankfurts und eine Einladung an alle Nicht-Frankfurter, in die Mainmetropole zu kommen, um etwas Besonderes zu erleben.

Das Konzept für das UEC verbindet Leben, Arbeiten und Einkaufen. Vor allem aber Erleben. Es sieht ein Großplanetarium mit einer Kuppel von 22 Metern vor. Damit erhält Frankfurt ein Sternentheater, dessen Dimension seiner städtischen Bedeutung gerecht wird. Auf dem



Vogelperspektive in östlicher Richtung auf die Planungen zum Europa-Boulevard und Urban Entertainment Center (UEC)

Dach lädt eine Parklandschaft mit Wasserlandschaften, Spielen und Animationen zum Verweilen ein. Hier kann man ausspannen zwischen Arbeit, Messebesuch oder Shopping-Tour. Wer dann noch nicht genug hat, der geht ins Kino oder in den Wellness- und Sportbereich oder nutzt eine der größten Gastronomielandschaften Europas.

Lösungsansätze

Die CDU-Fraktion hat sich als erste der Fraktionen im Römerbündnis klar zum aktuellen Konzept des UEC bekannt. „Wir wollen die Milliardeninvestition UEC in Frankfurt und sind bereit, der Erhöhung der Einzelhandelsflächen zuzustimmen. Mit diesem klaren Signal können die Investoren bereits jetzt weitere Mitinvestoren für ihr Projekt gewinnen, wenn sie auch diese von der Zukunftsträchtigkeit des UEC als Gesamtwerk überzeugen können“, so der CDU-Fraktionsvorsitzende Uwe Becker. Gleichzeitig nannte er auch die Bedingungen, die seitens der CDU an die Investoren herangetragen wurden. „Wir erwarten, dass das UEC als Gesamtmaßnahme an den Start geht und damit der Bereich Einkaufen und Unterhaltung mitsamt Büro-, Hotel- und Wohnkomplex gleichzeitig



Blick von Westen; Tower 1 zwischen den Gebäuden Kastor und Pollux

realisiert wird. Für die vorgesehene Entertainment-Fläche erwarten wir die dauerhafte Nutzungszusicherung und entsprechend adäquaten Ersatz für den Fall, dass etwa das Casino nicht zustande kommen sollte. Die Vorlage eines verbindlichen Finanzierungskonzeptes ist

der dritte Punkt unserer Bedingungen.“ In Gesprächen mit den Investoren habe die Geschäftsführung die Einhaltung dieser Eckpunkte zugesichert. Becker verwies auch auf die positive öffentliche Resonanz zum geplanten UEC, wie sie in einer Umfrage zum Ausdruck komme. Danach seien 65 Prozent der Frankfurterinnen und Frankfurter für einen Ort im Europa-Viertel, an dem sie Freizeitvergnügen und Einkaufen kompakt genießen können. Und 59 Prozent der Bewohner im Umland würden das UEC besuchen.



Mit gerechneten rund 220.000 erwarteten Besuchern jährlich trägt das Planetarium als Frequenzbringer wesentlich zur Attraktivität des neuen Urban Entertainment Centers bei.

Abschließend fasste Becker die Bedeutung des UEC für Frankfurt zusammen: „Frankfurt wächst und die CDU muss die Zukunftsthemen dieser Stadt besetzen. Dazu gehört das UEC genauso wie das MAB-Projekt an der Zeil oder das Parkhaus unter dem Main, wie die Flughafenerweiterung oder die Wartungshalle für den Airbus A 380. Wir sind es, die Frankfurt voranbringen wollen und werden!“ (az)

Daten und Fakten zum UEC

Wirtschaftliche Bedeutung

- 3.000 Arbeitsplätze
- Investition in den Einkaufs- und Erlebnisbereich rund 400 Millionen Euro
- Investitionen in das gesamte UEC rund 1 Milliarde Euro
- UEC ist Voraussetzung für Tunnelfinanzierung im Europa-Viertel West
- Betreiber und Mitinvestor: ECE Projektmanagement

Einzelhandel

- 230 Shops, darunter exklusive Designershops, internationale Filialisten in Kombination mit ausgesuchten regionalen und lokalen Anbietern
- die 40.000 m² Verkaufsfläche sind laut vivo die notwendige kritische Masse, um das Einzugsgebiet von 5,3 Millionen Menschen zu erreichen.

Freizeit- und Unterhaltungskomponenten

- 1. Kinobereich**
Premierenkino mit 1.000 Sitzplätzen, zusätzlich 18 Säle, 3.200 Sitzplätze gesamt
- 2. Wellness und Fitness**
Auf 8.000 m² Wellness Spaß und Fitness
- 3. Casino**
Großes und kleines Spiel auf insgesamt 4.000 m², erwarteter Bruttospielertrag 50 Millionen Euro p.a., Finanzausgleichsmodell zur Kompensation der Verdrängungseffekte

Die Piazza – urbaner Mittelpunkt und Bühne für 365 Tage

Flächenprogramm

Nutzungsart	Städtebaulicher Vertrag (ca. BGF* in m ²)	Aktuelle Planung (ca. BGF in m ²)
Gastronomie	Min. 12.000	7.000
Einzelhandel	Max. 40.000 (30.000 Vkf**)	51.000 (39.500 Vkf)
Unterhaltung/Freizeit	Min. 41.000	41.000 (zzgl. 10.000 m ² Dachgarten)
Büro	Max. 124.000	Tower1 95.000 Low-Rise 29.000 = 124.000
Hotel und Wohnen	Min. 48.000	41.000
Gesamt	265.000	264.000
Verkehrs- und sonstige Nebenflächen		27.000

* BGF: Bruttogeschossfläche
** Vkf: Verkaufsfläche

4. Planetarium

Kuppeldurchmesser 22 Meter (nur Jena und Berlin sind mit 23 Meter größer), 220.000 Besucher im Jahr ohne UEC

5. Piazza

Städtischer Platz mit ca. 2.000 m² (die Hälfte des Römerbergs), 365 Tage Event-Programm, begehbare Europa-brunnen als zentrales Element



Foto: Vivico Real Estate



Ergebnisse der Europawahl 2004 in Frankfurt am Main

Wahlberechtigt waren 385.700 Frankfurter Bürgerinnen und Bürger, rund 4.000 mehr als vor fünf Jahren. Die Wahlbeteiligung lag bei 39,8 Prozent (153.656 Stimmen), im Bundesdurchschnitt bei 43,0 Prozent. Zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte nahmen an einer Wahl in Frankfurt weniger als 40 Prozent der Stimmberechtigten teil.

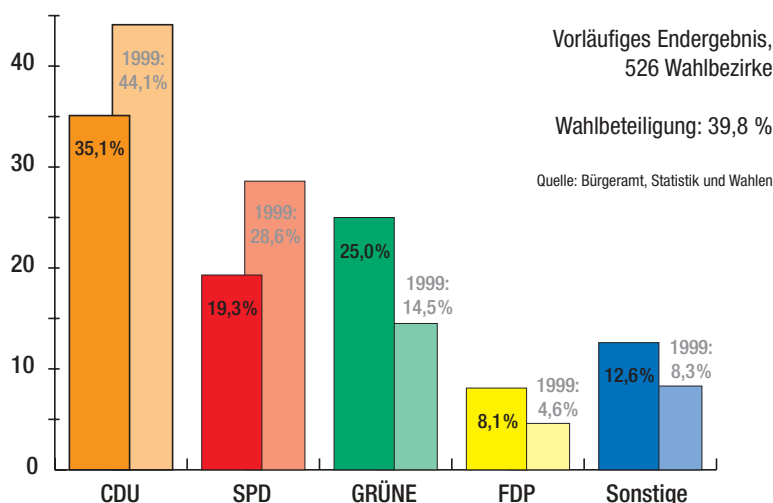
Obwohl die CDU in Frankfurt am Main mit deutlichem Abstand erneut stärkste Partei geworden ist, endete die Europawahl 2004 mit einer Verschlechterung des Wahlergebnisses. Im Vergleich zur Europawahl 1999 wurden 9,0 Prozentpunkte (-16.800 Stimmen) eingebüßt. Mit 35,1 Prozent (53.000 Stimmen) wurde ein - wie 1994 - eher durchschnittliches Europawahlergebnis erzielt. Im Vergleich der deutschen Großstädte liegt Frankfurt dennoch im oberen Drittel: (Hamburg: 36,8 Prozent, Köln: 34,4 Prozent, Hannover: 33,1 Prozent, Dresden: 30,8 Prozent, Leipzig: 25,9 Prozent).

Die SPD erzielte mit 29.000 Stimmen (-16.000 Stimmen) und einem Anteil von 19,3 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis seit 1946 und ist nur noch drittstärkste Kraft in Frankfurt. Die Grünen erreichten mit 10,5 Prozentpunkten und einem Zugewinn von 14.800 Stimmen einen Anteil von 25,0 Prozent (37.700 Stimmen). Damit konnten sie an ihr Europawahlergebnis von 1994 anknüpfen. Die FDP hat mit 8,1 Prozent (12.200 Stimmen) und einem Zuwachs von 3,5 Prozentpunkten (+4.900 Stimmen) ihr bestes Europawahlergebnis erzielt und ist nach zehn Jahren wieder

im Europäischen Parlament vertreten.

Im Gegensatz zu den Grünen und der FDP, die beide ihr Wählerpotenzial nahezu vollständig ausschöpfen konnten, ist es der SPD überhaupt nicht gelungen, ihre Stammwähler zur Wahl zu mobilisieren. Vor allem die Arbeiter haben sich massiv abgewandt. Aber auch die CDU hatte gewisse Mobilisierungsschwächen. Die Aufforderung an die Wähler zur Denkmahlwahl gegenüber der Rot-Grünen Bundesregierung ist in Frankfurt nur begrenzt gelungen. Auf Stadtebene konnte der Europa-Kompetenzvorsprung durch die Wahlkampagne der Bundes-CDU nicht in ein besseres Ergebnis umgesetzt werden.

Die Wahl zum Europäischen Parlament 2004 in Frankfurt am Main



Bei der Generation der 60-Jährigen und älteren erreichte die CDU in Frankfurt mit 54,1 Prozent der Stimmen (-2,9 Prozentpunkte) die absolute Mehrheit. In allen anderen Altersgruppierungen liegen die Stimmenanteile unter 30 Prozent. Hier konnten die Grünen erhebliche Zugewinne erzielen. Die SPD ist in diesen Altersgruppen hinter die Grünen zurückgefallen.

Die CDU konnte in 34 von 42 Stadtteilen die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen. In acht Stadtteilen erhielt die CDU den zweithöchsten Stimmenanteil. Zum ersten Mal wurden die Grünen in sieben Stadtteilen stärkste Kraft. Die SPD erzielte in nur einem Stadtteil, dem Riederwald, den höchsten Stimmenanteil. ■

	Wahl berechtigte	Wähler/-innen	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	Sonstige
Endergebnis	385.689	153.656	52.916 35,1 %	29.155 19,3 %	37.711 25,0 %	12.170 8,1 %	18.999 12,6 %
EW 1999	381.552	159.783	69.755 44,1 %	45.212 28,6 %	22.895 14,5 %	7.276 4,6 %	13.048 8,3 %

Europafest der Frankfurter CDU

„Europäisches Flair im Herzen Frankfurts“

Musik- und Tanzgruppen mit bunten Folklorekostümen aus Spanien, Italien, Polen, Griechenland und Portugal haben auf dem mittlerweile traditionellen Europafest der Frankfurter CDU am 5. Juni 2004 für Stimmung unter den ca. 600 Gästen gesorgt. Der Garten des Karmeliterklosters wurde in europäische Gefilde versetzt und die schönsten Seiten der Europäischen Union in ihrer Vielfalt gezeigt. Kulinarische Besonderheiten und Köstlichkeiten aus Europa bereicherten das Fest.



Die Politik kam nicht zu kurz. Beim Europa-Talk im Refektorium des Klosters waren sich die Kandidaten darüber einig: „Europa muss transparenter und demokratischer werden, eine Union mit einer Verfassung“: v.l.n.r. Stadtrat Dr. Albrecht Magen, Integrationsdezernent der Stadt Frankfurt am Main, die Kandidaten Dr. Ralf-Norbert Bartelt, Prof. Dr. Daniela Birkenfeld, Thomas Mann MdEP und der Kreisvorsitzende, Staatsminister Udo Corts MdL.



„Europapolitik ist Kommunalpolitik, 70 Prozent der Entscheidungen in Straßburg haben Auswirkungen auf die Kommunen“, sagte Oberbürgermeisterin Petra Roth bei ihrer Rede. Die kommunale Selbstverwaltung dürfe deshalb nicht durch noch mehr bürokratische EU-Verordnungen unterlaufen werden. v.l.n.r. Prof. Dr. Heinz Riesenhuber MdB, Oberbürgermeisterin Petra Roth und der Kreisvorsitzende, Staatsminister Udo Corts MdL.



Griechische Folklore in Perfektion zeigte die Tanzgruppe des „Epirus Vereins“ aus Frankfurt am Main.



In farbenprächtigen Kostümen begeisterte die überwiegend aus Kindern und Jugendlichen zusammengesetzte polnische Folklore- und Gesangsgruppe „Krawowiak“ des Polnischen Kulturvereins die Zuschauer.

Die italienische Folkloregruppe „Ilcuore del Sud“ aus Frankfurt am Main wirbelte durch den Garten des Klosters.



Feurigen Flamenco tanzte die Folkloregruppe des Spanischen Elternvereins Frankfurt-Süd „Las Rosas de Oro“.

„Schnappschüsse“ aus dem Frankfurter Europawahlkampf



Foto: Feida

v.l.n.r. Erika Steinbach MdB, Prof. Dr. Hans Maier, Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus a.D. und die EAK-Vorsitzende Hella Welker.

Kirche und Staat im künftigen Europa

Mit dem Beitritt von zehn neuen Mitgliedsstaaten hat sich auch die kirchliche und religiöse Landschaft innerhalb der EU verändert. Die orthodoxen Kirchen des Ostens bringen andere geistige Profile ein und fügen den in der EU national bereits ausdifferenzierten Beziehungen zwischen

Staat und Kirche weitere Varianten hinzu. Die Frage nach der Bedeutung des Christentums in seinen verschiedenen Erscheinungs- und Organisationsformen für Europa wurde bei der Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises am 7. Juni 2004 im Diakonissenhaus diskutiert.



Foto: Feida

v.l.n.r. Joachim Gres, MIT-Kreisvorsitzender, Karlheinz Weimar MdL, Hessischer Minister der Finanzen, Reiner Dickmann, Vorsitzender des IHK-Ausschusses Wirtschafts- und Unternehmensberatung.

Das erweiterte Europa

Hessen als zentrale Drehscheibe im Luft-, Schienen- und Straßenverkehr rückt mit der EU-Erweiterung noch mehr ins Zentrum der Europäischen Union. Bereits jetzt exportieren hessische Unternehmer einen großen Teil ihrer Güter und Dienstleistungen in die EU-Partnerländer. Frankfurt ist als Sitz der EZB zum finanz- und währ-

ungspolitischen Zentrum Europas geworden. Die Herausforderungen an die hessische Wirtschafts- und Finanzpolitik und deren Chancen wurden bei der gemeinsamen Veranstaltung der IHK Frankfurt am Main und der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung Frankfurt am Main (MIT) am 25. Juni 2004 diskutiert.



Foto: Feida

Europawahlkampfauftakt: „Gemeinsam für Europa“

Mit der Parteivorsitzenden Dr. Angela Merkel und dem Ministerpräsidenten Roland Koch an der Spitze eröffnete die CDU am 13. Mai 2004 vor über 1000 Gästen auf dem Römerberg den Europawahlkampf in Frankfurt am Main. Beide unterstrichen in ihren Reden die Bedeutung der Europawahl, sowohl im Hinblick auf die weitere Entwicklung der Europäischen Union sowie als bundespolitisches Stimmungsbarometer. Oberbürgermeisterin Petra Roth würdigte die europäische Tradition Frankfurts als Stadt der ersten europäischen Währung unter Karl dem Großen. Der CDU-Spitzenkandidat Hans-Gert Pöttering bekannte sich zum christlichen Erbe Europas und forderte die christlich-jüdische Tradition in der Verfassung zu verankern.



Foto: Feida

Städtische Sicherheit in europäischen Dimensionen

Bei einem „etwas anderen“ sicherheitspolitischen Kolloquium am 8. Juni 2004 im Café Hauptwache diskutierten CDU-Politiker und Experten über die Anforderungen und Auswirkungen von städtischer Sicherheit in europäischen Dimensionen am Beispiel der Stadt Frankfurt am Main. Kurt Maier vom Bund Deutscher Kriminalbeamter

erwartet infolge der EU-Erweiterung einen Anstieg der illegalen Beschäftigung und organisierten Kriminalität. Er forderte die Ausweitung der Identifizierungsmöglichkeiten von Straftätern durch die DNA-Analyse für ganz Europa. Boris Rhein sprach sich für die Einführung des Freiwilligen Polizeidienstes in Frankfurt aus.



v.l.n.r. Thomas Mann MdEP, Stadtverordneter Stephan Siegler, sicherheitspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, Kurt Maier, stellv. Landesvorsitzender Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK), Stadtrat Edwin Schwarz, Dezernent für Planung und Sicherheit, Boris Rhein MdL und Fraktionsvorsitzender Uwe Becker.

Jugend wählt Europa



Ministerpräsident Roland Koch mit der Europakandidatin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld und Peter Tauber, Landesvorsitzender der JU, bei der Jungwähler-Party der Jungen Union Rhein-Main im „Präsidium 1911“, dem alten Polizeipräsidium, am 5. Juni 2004 in Frankfurt am Main.

Der Regierungschef erläuterte der CDU-Nachwuchsorganisation und den zahlreichen jugendlichen Gästen, wie wichtig Europa für die Jugend ist.

Europa: Unser Mann kann's



Thomas Mann MdEP und sein Europa-Team beim Straßenwahlkampf in Frankfurt am Main.

CDU-Informationsstand

Wahlkampf bei Wind und Wetter am Informationsstand des Kreisverband-

des auf der Zeil vor dem Brockhausbrunnen.



v.l.n.r. Boris Rhein MdL, Prof. Dr. Daniela Birkenfeld und die Stadtverordneten Markus Frank und Stephan Siegler mit „Wahlkampfhelferin“ Camilla Feda.



Aus der Partei

Ausbau der Goethe-Universität soll 2005 beginnen

Der CDU-Kreisvorsitzende und Wissenschaftsminister Udo Corts besichtigte Campus Westend

Die Frankfurter Universität nimmt neue Gestalt an. „Schon 2005 kann der Ausbau der Universität zu einer der modernsten Hochschuleinrichtungen in Deutschland beginnen“, sagte der Hessische Wissenschaftsminister und Kreisvorsitzende der Frankfurter CDU, Udo Corts, bei einem Besuch der größten Hochschule des Landes.

Die Universität gibt ihren historischen Sitz im Stadtteil Bockenheim völlig auf und erweitert dafür ihre Standorte am Campus Westend (Buchwissenschaften), am Riedberg (Naturwissenschaften) und im Stadtteil Niederrad (Medizin). Die Erlöse aus dem Verkauf der Grundstücke in Bockenheim fließen in den Ausbau. Gemeinsam mit Universitätspräsident Prof. Dr. Rudolf Steinberg kündigte Corts an, noch 2004 werde das Land Hessen die ersten Architektenwettbewerbe ausloben und auch abschließen.

Vorbereitet sind folgende Vorhaben: Campus Riedberg: Neubau Geowissenschaften / Werkstattzentrale (9.000 qm HNF, 43,1 Millionen Euro) Campus Westend: Erste Ausbaustufe (34.000 qm HNF, 129,2 Millionen Euro)

Die erste Erweiterung des Campus Westend umfasst die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften mit einer gemeinsamen Bibliothek, das Hörsaalzentrum, die Mensa und das House of Finance. Mit dem House of Finance wird der Finanzplatz Frankfurt gestärkt und das Profil der Universität geschärft. Außerdem haben sich die beiden christlichen Kirchen bereit erklärt, auf dem Campus ein Wohnheimprojekt mit ca. 400 Plätzen zu verwirklichen.

Für die Vorhaben Campus Riedberg und Westend sind in den zwei zurückliegenden Jahren wesentliche Voraussetzungen geschaffen wor-



Modellphoto des erweiterten Campus Westend

den: Die beiden städtebaulichen Wettbewerbe für das Kerngebiet in Bockenheim und den Campus Westend haben zu überzeugenden Ergebnissen geführt. Die bereits fertig gestellte Planung für den naturwissenschaftlichen Campus Riedberg wird aktuell überarbeitet, da mit dem Max-Planck-Institut für Hirnforschung eine hoch renommierte Forschungseinrichtung ihren Ansiedlungswunsch in direkter Nachbarschaft zu den fachlich korrespondierenden universitären Einrichtungen angemeldet hat. Damit werden zukünftig alle drei in Frankfurt ansässigen Max-Planck-Institute (Hirnforschung, Biophysik, Europäische Rechtsgeschichte) ihre Aktivitäten an den Ausbaustandorten der Universität entfalten.

Die Landesregierung wolle „das mit rund 600 Millionen Euro ehrgeizigste Hochschulprojekt in der Nachkriegsgeschichte Hessens“ bis 2015 umsetzen. Corts erhofft „einen hohen Betrag“ vom Bund, jedoch werde das Land Hessen das Projekt notfalls auch ohne finanzielle Hilfe aus Berlin weiter verfolgen. ■



Informierten sich aus erster Hand (v.l.n.r.): Uwe Becker, Vorsitzender der CDU-Fraktion Frankfurt am Main, Wissenschaftsminister Udo Corts und Daniela Birkenfeld, bildungspolitische Sprecherin der CDU-Römerfraktion, mit Universitätspräsident Rudolf Steinberg (2.v.l.).

Zwischen „Weltraum“ und „Italien“

Kalbacher CDU lud zum Riedberg-Spaziergang

Über 100 interessierte Besucher säumten die Anhöhe zwischen der Marie-Curie-Straße im Mertonviertel und dem Stadtteil Kalbach, dessen CDU-Stadtbezirksverband zu einem Riedberg-Spaziergang eingeladen hatte.

Vertreter des Ortsbeirates, der Forschungs- und Entwicklungsgesellschaft Hessen (FEH), des Münchener Investors CKV und des Frankfurter Hochbauamtes erklärten den Teilnehmern den Fortgang der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme auf dem Riedberg. In der Parkstadt 2000 ist das Französische Viertel fertig, mehr als 200 Wohneinheiten und die Kita „Welt-raum“. Die Arbeiten am Riedberg-Park beginnen, oberhalb des Parks erhebt sich bereits der Rohbau der Wilhelm-Busch-Schule und westlich des Reiterhofs baut die Stif-

tung Waisenhaus Doppelhaushälften und Einfamilienhäuser. Die Umgestaltung des Bonifatiusbrunnens ist so weit abgeschlossen, dass diese Gedenkstätte im Rahmen der Eröffnung der Bonifatiusroute am 13. Juli 2004 eingeweiht werden kann. Viele der neu ansässigen Bürger klagen über die schlechte Infrastruktur im neuen Stadtteil.

Immerhin: Ab 13. Juni fährt die Buslinie 26 eine Schleife durch das Neubaugebiet und bedient die Haltestellen „Renoirallee“, „Nelly-Sachs-Platz“ und „Uni Campus Riedberg“. Kalbachs CDU-Vorsitzender Jan Schneider freute sich über die große Resonanz der Ortsbegehung: „Ein voller Erfolg für die CDU Kalbach.“



Die zur Zeit größte städtebauliche Entwicklungsmaßnahme in der Bundesrepublik: Das Neubaugebiet Riedberg zwischen den Stadtteilen Kalbach und Niederursel. – Im Bild hinten: Jan Schneider, Vorsitzender der CDU Kalbach, begrüßt die Anwesenden.

„Frankfurt hat alle Zusagen erfüllt“

40 Jahre CDU in Nieder-Erlenbach

Von Kurt Michel

Im Januar 1964 war es nach heftigen Geburtswehen endlich so weit: Acht Aufrechte gründeten den CDU-Ortsverband Nieder-Erlenbach: Rainer Gawenda, Wilhelm Göttmann, Helmut Grzyb (†), Erhard Hahn, Ludwig Himmelreich, Kurt und Werner Michel sowie Wilhelm Rach waren die Männer der ersten Stunde. Die Zeit für die Gründung der CDU in unserer Gemeinde war reif, gab es doch seit 1945 in Nieder-Erlenbach als Partei nur die mit sechs von 13 Mandaten in der Gemeindevertretung ausgetastete SPD, eine Freie Wählergemeinschaft (FWG) und den Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE). Bereits im Februar

1964 veranstaltete die neu gegründete CDU ihren ersten öffentlichen Auftritt mit dem Offenbacher CDU-Landtagsabgeordneten Walter Picard. Der CDU-Ortsverband gewann schnell neue Mitglieder, und bei der Kommunalwahl im Herbst 1964 konnte die CDU auf Anhieb vier von 13 Sitzen gewinnen. Zusammen mit der FWG verfügte die Union über eine Stimme Mehrheit. In dieser und der nächsten Wahlperiode wurden tief greifende Infrastrukturplanungen konkretisiert und

die Weichen für das heutige Nieder-Erlenbach gestellt. 1972 handelte die finanzkräftige Metropole Frankfurt am Main mit Nieder-Erlenbach einen Eingemeindungsvertrag aus. Heute kann man mit Befriedigung sagen, dass Frankfurt alle Zusagen erfüllt hat.

Oberbürgermeisterin Petra Roth ehrt Kurt Michel, den Vorsitzenden des CDU-Stadtbezirksverbandes und Ortsvorsteher von Nieder-Erlenbach, im Rahmen einer Feierstunde im Bürgerhaus Nieder-Erlenbach für 40-jährige CDU-Mitgliedschaft.



Museumsufer erhält ein neues Gewand

CDU Sachsenhausen-Mitte informierte über Baupläne

„Jahrelange Flickschusterei“, ärgerte sich der Stadtverordnete Jochem Heumann, Vorsitzender des CDU-Stadtbezirksverbandes Sachsenhausen-Mitte. Schlaglöcher, Kopfsteinpflaster, geflickte Bürgersteige und defekte Radwege prägen das Bild an den Straßen Schaumainkai und Sachsenhäuser Ufer – kein schönes Entrée für die am Mainufer ansässigen Museen.

Mit einem Investitionsvolumen von rund 6,7 Millionen Euro will die Stadt Frankfurt nun das Museumsufer instand setzen und aus städtebaulicher Sicht aufwerten. 4,2 Millionen Euro zahlen Bund und Land Hessen, und bis zur Fußball-WM 2006 soll bereits alles fertig sein. Bei einer Ortsbegehung erläuterte Baudezernent Franz Zimmermann (FDP) die Pläne des Magistrates. Die Ausbaustrecke hat eine Länge von ca. 1,6 km, davon sind ca. 1 km Bundesstraße (B 43). Der Fahrbahnbelag wird erneuert, ein Zweirichtungsradschwergeweg angelegt, sämtliche Ampeln werden durch neue

ersetzt, ein anzulegender Längsparkstreifen und die Neugestaltung des südlichen Gehwegbereiches dienen der Verschönerung und Aufwertung dieses städtischen Bereiches. Durch den neuen Fahrbahnbelag soll eine Verminderung der Lärmimmission

und vor allem der in den Museen spürbaren Erschütterungen erreicht werden. Im Zuge der Umbaumaßnahmen will die CDU Sachsenhausen-Mitte den umstrittenen samstäglich Flohmarkt auf das Gelände der Weseler Werft verbannen. ■



Gemeinsam für ein schöneres Museumsufer: Baudezernent Franz Zimmermann (FDP), Stadtrat Peter Mensinger (CDU) und Stadtverordneter Jochem Heumann (CDU)

Stabwechsel beim Arbeitskreis Wirtschaft und Umwelt

Der Arbeitskreis Wirtschaft und Umwelt besuchte am 5. Mai 2004 das ehemalige IG-Farben-Haus, das neue



Der AK Wirtschaft besichtigt die beeindruckende neue Bibliothek im IG-Farben-Haus.

Domizil der Frankfurter Universität, den Campus Westend. Der Bevollmächtigte der Standortentwicklung, Peter Rost, gewährte einen Einblick in die Historie des beeindruckenden Gebäudes und vermittelte Informationen über die weiteren Planungen für das Gelände. Bei der Führung durch das Haus konnte der Arbeitskreis auch das geschichtsträchtige „Eisenhower-Office“ besichtigen. Bei dieser Gelegenheit teilte AK-Leiter Horst Köhler mit, dass er nach acht Jahren den „Stab“ des Arbeitskreisleiters an Charlotte Schmidt-Imhoff übergeben wird. Die Frankfurter CDU dankt Horst Köhler für sein sehr erfolgreiches Wirken. ■



„Stabübergabe“ von Horst Köhler an Charlotte Schmidt-Imhoff



Presse- arbeit



Hella Welker

Stadtverordnete
und Vorsitzende des
Evangelischen Arbeits-
kreises der CDU
Frankfurt am Main



Christof Warnke

Vorsitzender der
Senioren-Union der
CDU Frankfurt am Main



Boris Rhein

Stellvertretender
Kreisvorsitzender und
Mitglied des
Hessischen Landtages

Schutz des Sonntags ist Schutz unserer Kultur

„Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, mit dem es die geltende Regelung zum Ladenschluss bestätigt, ist eine gute Entscheidung. Die Sonn- und Feiertagsruhe ist als ein wesentlicher Bestandteil unserer Kultur unverzichtbar“, begrüßte die Kreisvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Frankfurt am Main, Hella Welker, die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, die Klage gegen das Ladenschutzgesetz abzuweisen. Die Kultur des Sonntags als wichtiger Beitrag des Christentums müsse auch weiterhin bestehen bleiben. Es dürfe nicht sein, dass der Sonntag als Tag des Gottesdienstes, als Schutz der Arbeitenden und als gemeinsamer Ruhetag rein ökonomischen Interessen preisgegeben werde. Der durch die Zehn Gebote vorgegebene Lebensrhythmus sei das Gerüst, das Familie und gesellschaftliche Begegnungen in großem Maße fördere.

Schon seit längerer Zeit sei eine schleichende Aushöhlung des Sonntagschutzes in Deutschland zu beobachten. Mit dem Urteil werde den Plänen von Wirtschaftsminister Clement eine Absage erteilt, der sich unlängst dafür ausgesprochen hatte, die Öffnungszeiten weitgehend freizugeben. „Die Verfassungsrichter haben das eindeutige Signal gegeben, dass bei einer Neuregelung des Ladenschlusses der Sonntag auch weiterhin als Tag des Herrn und als Tag der Erholung geschützt bleibt“, sagte Welker abschließend. ■

Bürgerversicherung ist Anschlag auf die Kaufkraft

Die Senioren-Union der Frankfurter CDU hält nichts von einer Bürgerversicherung, wie sie vor allem von den Grünen, aber auch von Teilen der SPD angestrebt wird. Das Modell bringe im Gegensatz zu der von der CDU vorgeschlagenen Gesundheitsprämie nur dann Geld für die Gesundheitssysteme, wenn die Beitragbemessungsgrenzen drastisch angehoben würden. Die Bürgerversicherung würde lediglich das Ende der privaten Krankenversicherungen bedeuten und damit zum Wegfall von Tausenden von Arbeitsplätzen führen. „Die gesetzliche Zwangsversicherung aller Bürger unter Einbeziehung z. B. von Zins- und Mieterträgen ist ein Anschlag auf die Kaufkraft der Bürger sowie auf ihre Altersvorsorge“, erklärte der Vorsitzende der Senioren-Union, Christof Warnke. Sie bringe den gesetzlichen Krankenkassen nichts, denn diese hätten dann auch den Beiträgen entsprechende Kosten zu übernehmen. Den gesetzlichen Krankenkassen fehlten nicht die zehn Prozent privat Versicherten in Deutschland, sondern die 4,5 Millionen Arbeitslosen, für die die rot-grüne Bundesregierung nichts anderes als eine verfehlte Wirtschaftspolitik anbiete. Auf die öffentliche Hand käme durch die Bürgerversicherung schließlich auch höhere Lohnnebenkosten zu, weil sie die Hälfte des gesetzlichen Krankenkassenbeitrages aufzubringen habe, was teurer sei als das bisher aus gutem Grund bevorzugte Beihilfesystem. ■

Abstimmung über Rechtschreibreform

Der Frankfurter CDU-Landtagsabgeordnete Boris Rhein hat das Festhalten der Kultusministerkonferenz an der Rechtschreibreform als ignorant und völlig verfehlt bezeichnet. Die Rechtschreibreform stülpe Millionen von Menschen am Schreibtisch von Ministerialbürokraten erfundene – teilweise sinnlose und sinnentfremdende – Regeln über, die von einer satten Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt würden. Er verwies auf Umfragen, die ergeben hätten, dass nur 13 Prozent der Bevölkerung die neuen Regeln akzeptierten. Boris Rhein: „Ich wehre mich entschieden dagegen, dass die Verwaltung sich selbstständig und das Schreiben primitiv und komplizierter macht!“

Der Christdemokrat forderte, dass eine so weitreichende Reform, die in den „grammatikalischen Lebensraum“ unserer Schriftsprache eingreife, ausschließlich durch die Parlamente im deutschsprachigen Raum beraten und beschlossen wird. Er sagte, er sei sicher, dass die Reform umgehend zurückgenommen werde, wenn die demokratisch legitimierten Volksvertretungen zu entscheiden hätten. Rhein betonte, dass keines der vorgegebenen Ziele der Reform verwirklicht worden sei. So werde das Schreiben nicht einfacher, sondern komplizierter, was auch dadurch bewiesen sei, dass bei Schülern die Anzahl der Fehler in Diktaten und Aufsätzen nicht gesunken, sondern vielmehr gestiegen sei. ■



Aus der Fraktion

Auf weitere gute Jahre

Die CDU-Fraktion im Frankfurter Römer gratuliert unserer Oberbürgermeisterin Petra Roth herzlich zu ihrem 60. Geburtstag. Ganz Frankfurt feierte mit nationaler Prominenz am 9. Mai 2004 im Frankfurter Römer, an erster Stelle Altbundeskanzler Dr. Helmut Kohl.

Der Ehrenbürger der Stadt und Förderer Roths ehrte in seiner Laudatio die Frau, die Intelligenz und Charme zu politischer Klugheit verbunden habe und zu einem „Symbol für Frankfurt“ geworden sei.

Frankfurt ist gut aufgestellt im Wettbewerb der Städte und Regionen Europas. Mit der CDU als starkem Partner hat Oberbürgermeisterin Roth Frankfurt nach vorne gebracht. Gemeinsam mit der CDU-Fraktion baut sie Frankfurt als Wirtschafts- und Investitionsstandort aus und sorgt dafür, dass sich die Bürgerinnen und Bürger wohl und zu Hause fühlen – in ihrem Frankfurt am Main. Wirtschaftlich stark und sozial gerecht soll es auch weiter zugehen: Für



Foto: Zell

Altbundeskanzler Dr. Helmut Kohl: „Petra Roth hat nie Reden über Selbstverwirklichung halten müssen, sondern diese gelebt.“

Menschen, Vereine, Institutionen und Unternehmen. Dafür steht Oberbürgermeisterin Petra Roth. Für uns ist es eine Ehre, dass Oberbürgermeisterin Roth gleichzeitig auch Präsidentin des Deutschen Städtetags ist und die Interessen der Kommunen und Städte in

Deutschland vertritt, beispielsweise bei den Themen EU-Verfassung und Gemeindefinanzreform.

Wir wünschen unserer Oberbürgermeisterin noch viele erfolgreiche Jahre als Frankfurts Stadtoberhaupt. ■



Foto: Zell

Petra Roth mit dem Trikot der Spielführerin in den Frankfurter Stadtfarben



Foto: Zell

Unter den Gratulanten: v.r.n.l. Ministerpräsident a.D. Dr. Walter Wallmann mit seiner Frau und der Kreisvorsitzende der Frankfurter CDU, Staatsminister Udo Corts MdL

Markus Frank: Innovationen aus Frankfurt sind gut für Umwelt und Arbeitsplätze

CDU-Fraktion besucht neues Brennstoffzellen-Unternehmen

„Es ist beeindruckend zu sehen, wie im Industriepark Höchst zukunftsweisende Brennstoffzellen-Technologien entwickelt werden. Uns als Kommunalpolitiker freut es natürlich besonders, wenn Innovationen aus Frankfurt kommen“, sagte Markus Frank, umweltpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, nach dem Besuch im Industriepark Höchst.

Zum Tag der Umwelt ist der Arbeitskreis alljährlich bei Frankfurter Unternehmen zu Gast, die mit innovativen Geschäftskonzepten etwas für den Umweltschutz tun. In diesem Jahr besuchten die Christdemokraten die PEMEAS GmbH im Industriepark, die weltweit einzigartige Membran-Elektroden-Einheiten (MEA) für Hochtemperatur-Brennstoffzellen entwickelt und produziert. „Die aktuellen energiepolitischen Debatten machen deutlich, wie wichtig es für Deutschland und Europa ist, umweltfreundliche Energie-Technologien zu entwickeln“, erklärte Frank. Die Pilotanlage zur Produktion der Membran-Elektroden-Einheiten (MEAs) für Brennstoffzellen wurde bereits im Jahr 2002 in Betrieb genommen.



Foto: Felia

Markus Frank, umweltpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, Achim Böhring von der Hessischen Brennstoffzellen-Initiative und Carsten Henschel von PEMEAS

Aus diesem Projekt entstand die weltweit einzige kommerziell erhältliche Membran-Elektroden-Einheit für Hochtemperatur-Polymer-Elektrolyt-Membran-Brennstoffzellen (PEM). Im Gegensatz zu den konventionellen MEAs, die nur bei Temperaturen bis 80 Grad Celsius eingesetzt werden können, arbeitet die Celtec-MEA der PEMEAS auch bei Temperaturen von bis zu 200 Grad Celsius. In diesen Temperaturbereichen sind Brennstoffzellen deutlich zuverlässiger und kostengünstiger, womit auch breite Einsatzmöglich-

keiten in unterschiedlichsten Anwendungen verbunden sind.

Im Vergleich zur herkömmlichen Verbrennung fossiler Brennstoffe ist der Energieausnutzungsgrad deutlich höher. Während beispielsweise der im Automobilbereich eingesetzte Verbrennungsmotor nur etwa 30 Prozent des Energiegehaltes in Leistung umsetzen kann, erreicht die Brennstoffzellen-Technologie bereits heute einen doppelt so hohen Wirkungsgrad. Ein weiterer großer Vorteil: Bei der Reaktion von Luft und Wasserstoff entsteht nur Wasser. „Wir brauchen Innovationen in Deutschland, gerade im Umwelt- und Energiebereich“, sagte Frank abschließend. „Es ist schön zu sehen, wie die Entwicklung umweltfreundlicher Technologien von den Unternehmen am Industriepark vorangetrieben wird. Auf diese Weise kann die Attraktivität des Industrieparks Höchst sicherlich noch weiter gesteigert werden, was angesichts der Bedeutung des Standortes für Frankfurt und die gesamte Rhein-Main-Region ausgesprochen wichtig ist.“ (az)



Foto: Felia

Dr. Joachim Petersen, Betriebsleiter der PEMEAS-Pilotanlage, erläuterte den Besuchern die Funktionsweise der Brennstoffzelle.

Uwe Becker einstimmig zum stellvertretenden Vorsitzenden des Arbeitskreises „Große Städte in Deutschland“ der KPV gewählt

Auf der Tagung der Kommunalpolitischen Vereinigung von CDU und CSU in Deutschland (KPV) am 23. April 2004 in Berlin wurde der Frankfurter Fraktionsvorsitzende Uwe Becker einstimmig zum stellvertretenden Vorsitzenden des Arbeitskreises „Große Städte in Deutschland“ gewählt. Innerhalb der KPV ist der Arbeitskreis „Große Städte in Deutschland“ der Zusammenschluss der Fraktionsvorsitzenden und Fraktionsgeschäftsführer aus den Großstädten der Bundesrepublik. Becker ist bereits seit 2001 Vorsitzender des Arbeitskreises „Große Städte in Hessen“.

Der Arbeitskreis trifft sich mehrmals jährlich in verschiedenen Städten in Deutschland und erörtert kommunalpolitisch relevante Themen und dient dem Erfahrungsaustausch innerhalb der kommunalpolitischen Familie von CDU und CSU. Inhaltliches Thema diesmal waren u. a. Hartz IV und die katastrophalen finanziellen Folgen für die Kommunen.



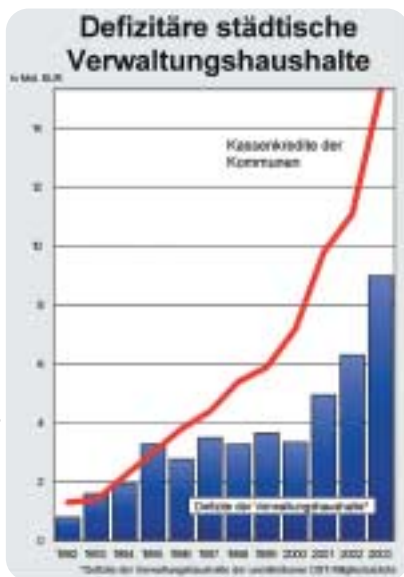
Uwe Becker zusammen mit dem Vorsitzenden des AK Große Städte, Dr. Sven-Joachim Otto, vor dem Konrad-Adenauer-Haus in Berlin

Quote und Revisionsklausel zu Hartz IV

„Glücklicherweise ist es inzwischen dem Deutschen Städtetag mit seiner Präsidentin Petra Roth an der Spitze gelungen, sich mit wesentlichen Forderungen gegenüber der Bundesregierung durchzusetzen“, sagte Becker. Der Bund sei nach intensiven Verhandlungen bereit, die Finanzierung von Hartz IV durch eine Quote des Bundes an den Unterkunftskosten und durch eine im Gesetz niedergelegte Revisionsklausel zu korrigieren. „Die vom Bund bisher angebotene Beteiligung von 1,78 Milliarden Euro gleicht die Belastungen der Städte in Höhe von 4,8 Milliarden Euro allerdings bei weitem nicht aus. Wir erwarten deshalb, dass hier deutlich nachgebessert wird. Außerdem müssen die Länder ihre Entlastung von 2,5 Milliarden Euro

voll an die Kommunen weitergeben, damit wir tatsächlich wie versprochen entlastet und nicht belastet werden.“

Becker machte deutlich, welche Konsequenzen eintreten würden, falls im Vermittlungsverfahren kein zufriedenstellender Belastungsausgleich und Entlastungseffekt für die Städte erreicht werden sollte. Dann werde der Deutsche Städtetag seinen Mitgliedsstädten empfehlen, Verfassungsbeschwerde gegen die Übertragung der Unterkunftskosten auf die Kommunen einzulegen und die Vorbereitungen der Arbeitsgemeinschaften zwischen Kommunen und Arbeitsagenturen nach dem Hartz IV-Gesetz einzustellen. In diesem Fall werde der Städtetag außerdem Bundestag und Bundesrat auffordern, Hartz IV vor dem Inkrafttreten auszusetzen. (az)



Quelle: Deutscher Städtetag

Stadtkämmerer im Amt bestätigt – „Gut für Frankfurt“

Stadtkämmerer Horst Hemzal wurde in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13. Mai mit 74 Ja-Stimmen im Amt bestätigt. Er bleibt damit auch nach seinem 65. Geburtstag am 15. Juni Wahlbeamter der Stadt Frankfurt.

Grundsätzlich ist vorgeschrieben, dass ein Beigeordneter mit dem Erreichen des 65. Lebensjahres in den Ruhestand tritt. Durch einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung kann diese Regelung gem. § 211 Abs. 5 Satz 3 des Hessischen Beamtengesetzes aufgehoben werden. Hemzal ist seit 1995 hauptamtlicher Stadtrat in Frankfurt, zuerst als Personaldezernent, danach Sozialdezernent und führt seit dem 01. Januar 2002 das Finanz- und das Personaldezernat. Fraktionsvorsitzender Uwe Becker lobte die Amtsführung Hemzals in seiner Rede.



Oberbürgermeisterin Petra Roth und Fraktionsvorsitzender Uwe Becker gratulieren zum tollen Wahlergebnis.

„Frankfurt hat mit Horst Hemzal einen hervorragenden Stadtkämmerer, der in wirtschaftlich und finanzpolitisch äußerst schwierigen Zeiten ein

Garant dafür ist, dass Frankfurt sozial ausgewogen und wirtschaftlich stark ist und stark bleibt. Horst Hemzal ist gut für Frankfurt.“ (az)

Alexander Zell geht zur CDU Hessen



Michaela Wanka wird ab 1. September neue Pressesprecherin der CDU-Fraktion Frankfurt.

Mit dieser Ausgabe verabschiede ich mich als einer der beiden Chefredakteure des Frankfurt Magazins. Wir haben versucht, für alle Leser aktuelle und interessante Informa-

tionen darin aufzubereiten. Mit dem Relaunch im vergangenen Herbst hat das Frankfurt Magazin trotz gesunkener Herstellungskosten ein neues, zeitgemäßes Gesicht

und ein klar strukturiertes Redaktionskonzept bekommen. Für das damit verbundene Lob und die begleitenden Verbesserungsvorschläge danke ich Ihnen. Kreisgeschäftsführer Thomas Feda und meine Nachfolgerin als Pressesprecherin der CDU-Fraktion, Michaela Wanka, werden auch weiterhin ein selbständiges Magazin von Kreisverband und Fraktion anbieten, das dem Großstadtcharakter Frankfurts gerecht wird.

Ich werde ab September die Leitung der Stabsstelle Personalentwicklung der CDU Hessen in Wiesbaden übernehmen. Mein Dank für die gute Zusammenarbeit gilt an dieser Stelle dem früheren Fraktionsgeschäftsführer Klaus Vowinkel, unserem Fraktionsvorsitzenden Uwe Becker und dem Kreisgeschäftsführer Thomas Feda. ■



Uwe Becker

Vorsitzender der
CDU-Fraktion im
Frankfurter Römer

Neuordnung der Region ist das Zukunftsthema Hessens

**CDU-Fraktion will Ballungsraumgesetz
mit Leben füllen und sieht Koch-Rede
als klares Bekenntnis zu
Frankfurt/Rhein-Main**

Die Regierungserklärung des Hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch hat gezeigt, dass sich die Hessische Landesregierung der Mitverantwortung für eine der wichtigsten und erfolgreichsten Regionen Europas bewusst ist. Zu diesem Schluss kommt der CDU-Fraktionsvorsitzende Uwe Becker. „Koch weiß, dass die Neuordnung der Region das Zukunftsthema Hessens ist“. Dabei werde man jetzt die Möglichkeiten des Ballungsraumgesetzes nutzen und dieses zum Wohl der Region inhaltlich ausgestalten. „Frankfurt hat nie auf der Seite derjenigen gestanden, die das Ballungsraumgesetz blockiert oder sogar beklagt haben, sondern wir wollen die Region in der Zusammenarbeit voranbringen“, so Becker.

Hierzu zählt die Weiterentwicklung der Frankfurter Wirtschaftsförderungsgesellschaft zur Wirtschaftsförderung Frankfurt/Rhein-Main genauso wie die Beteiligung des Umlandes an der Trägerschaft von kulturellen Institutionen oder von Freizeiteinrichtungen mit regionaler Bedeutung. „Wir sind besonders froh über die Äußerung des Hessischen Ministerpräsidenten, dass ein finanzieller Ausgleich für das Bereitstel-

len überregionaler Einrichtungen wie Oper, Zoo oder Waldstadion durch die Region erfolgen muss“, verwies Becker auf eigene frühere Forderungen. Die Mitbestimmung in den verschiedenen Gremien müsse dabei selbstverständlich der finanziellen Lastenverteilung entsprechen. Dass Koch seinen Handlungswillen so klar unterstreicht, indem er zeitliche Vorgaben zur Umsetzung des Ballungsraumgesetzes macht, findet unsere vollste Unterstützung“, so Becker. „Koch hat im Jahr 2000 mit dem Ballungsraumgesetz das erfolglose Kapitel des Umlandverbandes beendet und ein neues Instrument der regionalen Zusammenarbeit geschaffen“, so Becker weiter. Dieses wolle man nun mit Inhalten füllen.

„Mit der inhaltlichen Ausgestaltung des Ballungsraumgesetzes sind die langfristigen Hausaufgaben der Region jedoch aus unserer Sicht alleine noch nicht erfüllt. Wir sehen die Notwendigkeit, langfristig zu einer noch engeren politischen Zusammenarbeit zu kommen und sehen das Ballungsraumgesetz als Brücke hin zur Verfasstheit der Region, wie sie sich in einem Stadtkreis zusammenschließen sollte“, so Becker abschließend. ■



Prof. Dr. Daniela
Birkenfeld

Bildungspolitische
Sprecherin der
CDU-Fraktion

Gemeinsam die eigene Schule gestalten

**CDU-Fraktion unterstützt Modell-
projekt „Selbstverantwortung plus“
des Hessischen Kultusministeriums**

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion Daniela Birkenfeld hat das Modellprojekt „Selbstverantwortung plus“ begrüßt. Danach sollen Schulen mehr Entscheidungsfreiheit in organisatorischen, personellen und finanziellen Fragen bekommen. „Gerade die vielfältige und komplexe Schullandschaft Frankfurts wäre ein geeignetes Labor für eine Testphase, um die volle Wirkungsfähigkeit des Projekts unter realen Bedingungen zu erproben“, warb Birkenfeld für eine Teilnahme ihrer Stadt.

Die CDU-Politikerin wünscht sich mehr an Zielen orientierte und eigenverantwortliche Schulen, „in der alle Akteure, vom Schüler über den Lehrer bis zum Direktor, aktiv an der Gestaltung der eigenen Schule teilhaben“. Kern des Projektes ist es, die Qualität des Unterrichts zu steigern und zu sichern. „Eine selbstverantwortliche Schule kann die Lernkompetenz der Schülerinnen und Schüler besser fördern als die ‚traditionelle‘ Schule“, sagte Birkenfeld abschließend. ■



Margrit Weißbach

Gesundheitspolitische
Sprecherin der
CDU-Fraktion

Reiterstaffel bleibt in Frankfurt – Einsatz von CDU-Fraktion erfolgreich

Stadtverordnete glücklich über Entscheidung des hessischen Innen- ministeriums für mehr Sicherheit

Als Erfolg für Sachsenhausen und damit für ganz Frankfurt hat die CDU-Stadtverordnete Margrit Weißbach die Entscheidung für den Erhalt der Reiterstaffel bezeichnet. „Unsere Argumente haben bei Innenminister Volker Bouffier ein offenes Ohr gefunden. Seit Ende letzten Jahres haben wir für die Zukunft der Reiterstaffel in Sachsenhausen gekämpft“, freute sich Weißbach und bezog sich auf den CDU-Antrag NR 1203 vom 03.12.2003.

Trotz nachvollziehbarer Einsparzwänge hätten die Sicherheitsaspekte überwogen: Angesichts der Fußballweltmeisterschaft 2006 und der Vielzahl von Großveranstaltungen, wie z. B. Messen, Eishockeyspiele, Fußball-Bundesliga, gibt es auch künftig besonders in Frankfurt vielfältige Einsatznotwendigkeiten für die Reiterstaffel. Dazu käme die wichtige Bestreifung der Grünanlagen sowie des Stadtwalds, dem größten kommunalen Waldgebiet in Hessen. „Lange Zeit hat es so ausgesehen, als würden wir die Polizeipferde verlieren. Umso glücklicher sind wir jetzt, dass die hessische Polizei eine zentrale Landesreiterstaffel in Frankfurt mit 15 Pferden erhält“, so Weißbach.

Für den Standort Frankfurt spreche vor allem die zentrale Lage und die gute Infrastruktur. „Ich bin froh, dass der Innenminister auch unserem Vorschlag gefolgt ist, Frankfurt als zentralen Pool für alle Polizeidienststellen in Hessen vorzusehen“, erinnerte Weißbach an ihre Pressemitteilung vom 04.12.2003. Der Innenminister hatte die Entscheidung für Frankfurt damit begründet, dass „im Vergleich zu den anderen Standorten polizeitaktisch, organisatorisch und betriebswirtschaftlich die größten Vorteile“ bei der Rhein-Main-Metropole liegen. Die zentrale Reiterstaffel könne so schnell zu jedem hessischen Einsatzort transportiert werden.

Die zukünftige Landesreiterstaffel sei betriebswirtschaftlich sinnvoll dimensioniert und für die polizeitaktische Verwendung im Rahmen von Einsätzen und des täglichen Dienstes zugeschnitten. „Die jetzige Lösung verbindet schlanke Personalstrukturen für eine effiziente Aufgabenerledigung mit dem polizeitaktischen Einsatzwert von berittener Polizei“, so Weißbach abschließend. ■



Ursula Gauls

Stadtverordnete
aus Niederrad

Neue Grün- und Erholungs- fläche am Mainufer

CDU-Fraktion will südliches Mainufer nach Westen hin weiter entwickeln

Das Gelände des ehemaligen Campingplatzes soll den Frankfurterern und speziell den Niederrädern als Grün- und Erholungsfläche zur Verfügung gestellt werden. So fordert es die CDU-Fraktion in einem Antrag. „In unserer Initiative fordern wir eine fußläufige Grünverbindung zwischen dem neu errichteten Theodor-Stern-Kai und dem bisherigen Campingplatz“, erklärte die Sachsenhäuser Stadtverordnete Ursula Gauls.

Aus diesem Grund lehne die CDU-Fraktion die Magistratsvorlage M 203 vom 05.12.2003 ab, in der ein Erbbaurecht über 20 Jahre vorgesehen war. „Wir halten eine Verlängerung der südlichen Mainufer-Flaniermeile für sinnvoller und notwendiger“, sagte Gauls. Die Chance, zusätzliche Grünflächen den Frankfurter Bürgerinnen und Bürgern zur Erholung anzubieten, dürfe nicht ungenutzt bleiben. Gleichzeitig werde auch eine Verbindung zum Licht- und Luftbad geschaffen, das mit seinem parkähnlichen Charakter ebenfalls der Erholung diene. „Dadurch machen wir die Spannung zwischen Natur und Frankfurter Geschichte wieder erlebbar“, so Gauls abschließend. ■

Stephan Siegler: Frankfurt ist und bleibt sicher

CDU-Fraktion warnt vor übereilten Fehlinterpretationen der Frankfurter Kriminalitätsstatistik

Der sicherheitspolitische Sprecher der CDU-Fraktion Stephan Siegler hat vor übereilten Fehlinterpretationen der polizeilichen Kriminalstatistik gewarnt. „Wenn mehr Verstöße bei der Polizei zur Anzeige gebracht werden, heißt das nicht zwingend eine höhere Kriminalität“, sagte Siegler.



Stephan Siegler

Stadtverordneter und sicherheitspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion Frankfurt

Aufgrund des mittlerweile hohen Vertrauens in die Leistungsfähigkeit der Polizei würden heute viel mehr Delikte angezeigt als noch vor 20 Jahren. „Dazu gehören vor allem häusliche Gewalt, sexuelle Übergriffe und einfache Körperverletzung“, erklärte Siegler. Die Statistik treffe daher lediglich eine Aussage über die Tätigkeit der Polizei. „Dass wir der häuslichen Gewalt einen stärkeren Stellenwert einräumen, sensibilisiert die Menschen dafür, Gewalt in der Familie nicht länger hinzunehmen, sondern sich zu wehren“, erläuterte Siegler. Wichtig ist es für den CDU-Politiker auch, dass die Aufklärungsquote wieder gestiegen ist. „Wenn fast jeder zweite Fall aufgeklärt wird, bedeutet das für potenzielle Straftäter ein hohes Risiko, das gleichzeitig abschreckend wirkt“.

Die Statistik der Polizei weist einen Anstieg beim Wohnungseinbruch und dem Kreditkartenbetrug auf. „Auch in diesem Fall lohnt eine differenzierte Betrachtung, sind hier doch Einbrecherbanden aus dem Ausland wie Chile oder Osteuropa die hauptsächlichen Täter“, stellte Siegler fest. Diese kämen aus-

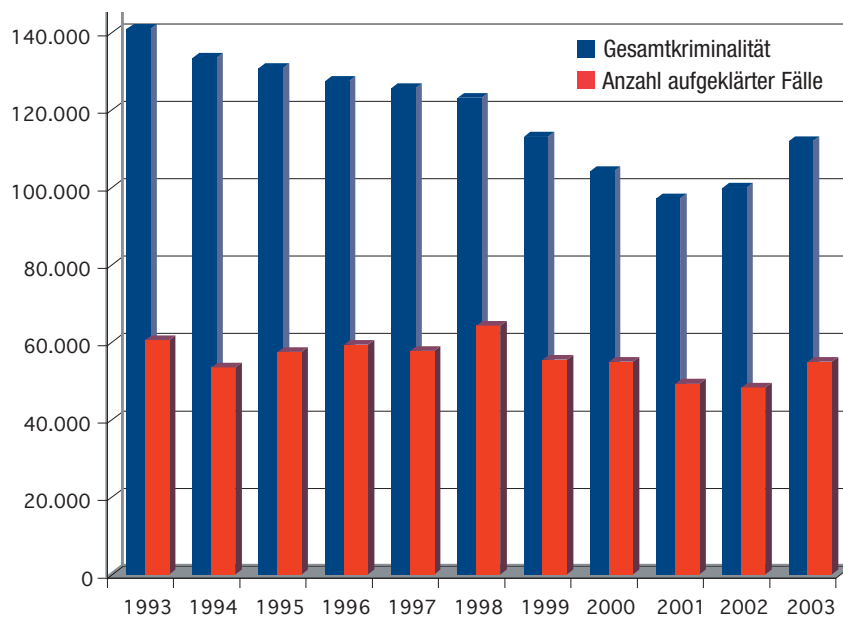
schließlich nach Deutschland, um schnelle Straftaten zu begehen. „Hier müssen frankfurt-externe Mechanismen greifen wie beispielsweise ein konsequenteres Ausweisen oder eine restriktivere Visaerteilung“, sagte Siegler. Die Frankfurter Polizei und die Stadt mit dem Präventionsrat steuern der Entwicklung bei den Wohnungseinbrüchen u. a. mit dem Präventionsprojekt „Sicheres Bauen“ bei den Dornbuschhöfen entgegen.

Von einer „Rückkehr des Verbrechens“ zu sprechen, hält Siegler für fahrlässig. „Ein solches Image in den Köpfen der Bevölkerung zu suggerieren ist verantwortungslos und falsch“. Nicht alle Straftaten der Statistik seien gleichbedeutend für die Sicherheit der Stadt und das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung. Als Beispiele nannte Siegler Delikte wie Schwarzfahren, Verstoß gegen das Ausländergesetz und Urkundenfälschung. „Die verstärkte Kontrolle der Frankfurter Verkehrsgesellschaft hat bewirkt, dass mehr Schwarzfah-

rer erwischt wurden. Dieser Anteil macht zehn Prozent der gesamten Steigerung der diesjährigen Kriminalitätsstatistik aus“, so Siegler.

Instrumente wie die Videoüberwachung oder der Freiwillige Polizeidienst stellen gerade im präventiven Bereich eine sinnvolle Ergänzung für die klassische Polizeiarbeit dar. „Alle die, die jetzt wegen der Kriminalstatistik aufschreien, sollen sich an die eigene Nase fassen und sich fragen, warum sie diese Instrumente permanent verhindern“, sagte Siegler in Richtung der politischen Gegner. „Wenn ein schärferes Vorgehen der Polizei gegen Kontrolldelikte wie beispielsweise Kinder-Pornografie zum Ansteigen der Fallzahlen führt, dann darf man nicht von einem Ansteigen der Kriminalität reden. Bei polizeilicher Untätigkeit würden diese Fälle nicht in der Statistik vorkommen, obwohl sie zweifelsohne ohne Kontrolle wahrscheinlich häufiger vorkommen würden“, so Siegler abschließend. (az)

Entwicklung der Gesamtkriminalität in Frankfurt



Wir stellen Ihnen eine Auswahl vor aus den Anträgen und Anfragen der CDU-Fraktion im Römer sowie von Ihren Fragen in der Fragestunde der Plenarsitzung. Sie finden den jeweiligen Gesamttext und den weiteren parlamentarischer Initiativen unter <http://www.cdu-fraktion-ffm.de>.



✘ Flohmarkt am Schaumainkai

Der Schaumainkai und das Sachsenhäuser Ufer werden grunderneuert und saniert. Die CDU-Fraktion beantragt, dass der Flohmarkt während des ersten Bauabschnitts an seinem derzeitigen Standort verbleibt. In den übrigen Bauabschnitten soll der weitere Umbau des Schaumainkais so erfolgen, dass auch während dieser Bauabschnitte der Flohmarkt, gegebenenfalls flächenreduziert, am südlichen Mainufer stattfinden kann. ■

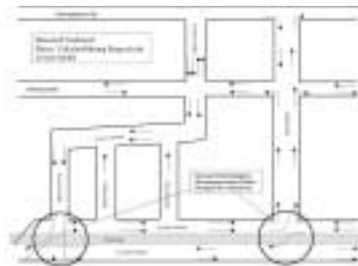


✘ Radfahrunfälle 2003

Die Frankfurter Verkehrsunfallstatistik 2003 zeigt, dass bei insgesamt abnehmenden Verkehrsunfällen die Zahl der Unfälle mit Radfahrern um etwa ein Drittel angestiegen ist. Die CDU-Fraktion fragt, welches die häufigsten Ursachen für Verkehrsunfälle mit Beteiligung von Radfahrern waren und ob es örtliche Unfallschwerpunkte gab. Außerdem will die CDU wissen, ob aus den Unfallursachen Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit abgeleitet werden können. ■

✘ Lyoner Straße soll Ringstraße werden

Die CDU-Fraktion hat den Magistrat aufgefordert zu prüfen, ob der Verkehr in der Bürostadt Niederrad flüssiger fließt, wenn die Lyoner Straße als Ringstraße fungiert. Wegen der fehlenden Linksabbiegemöglichkeiten in der südlichen Lyoner Straße können weite Teile der Bürostadt Niederrad für den Straßenverkehr nur über die Goldsteinstraße und Hahnstraße erschlossen werden. Das führt im morgendlichen Berufsverkehr zu einer starken Überlastung des Linksabbiegeverkehrs. ■



✘ Besserer Service beim Schülerticket

Die CDU-Fraktion fordert den Magistrat auf zu prüfen und zu berichten, ob mit Einführung des Schülerjahrestickets auch ein zeitnahes und vereinfachtes Erstattungsverfahren eingeführt werden kann. Bislang mussten die Eltern für die Fahrkosten ihrer schulpflichtigen Kinder in Vorlage treten, die gesammelten Einzelverbindungs nachweise vorlegen und dann bis zu einem halben Jahr auf die Erstattung des Geldes warten. ■



✘ Kostenfreies Kurzzeitparken

Von der Einführung des kostenfreien Kurzzeitparkens in Geschäftsstraßen wird eine Belebung des Einzelhandels erwartet. Um die Auswirkungen zu erproben, soll die so genannte Brötchentaste in der Leipziger und Schweizer Straße getestet werden. Die CDU-Fraktion fordert den Magistrat auf, über die Ergebnisse, insbesondere die Auswirkungen auf den Einzelhandel und die Einnahmenverluste bei den Parkgebühren, zu berichten. ■



✘ Niederräder Licht- und Luftbad

Unabhängig von einer noch ausstehenden Beschlussfassung kann den derzeitigen Bewohnern das Gelände östlich des Niederräder Licht- und Luftbades nicht mehr zur Verfügung gestellt werden. Der Stadtverordnete Stephan Siegler fragt den Magistrat, welche Maßnahmen er getroffen hat, um die Personen, die zur Zeit dort dauerhaft wohnen, vor der Obdachlosigkeit zu bewahren. ■

Terminkalender der Frankfurter



15. September

Einladung in den Hessischen Landtag

Ihre Landtagsabgeordneten in Frankfurt am Main möchten vor allem die „Neumitglieder“ der Frankfurter CDU nach Wiesbaden einladen. Natürlich sind auch bei Interesse die „Alt-Mitglieder“ herzlich eingeladen, sofern ausreichend Plätze zur Verfügung stehen.

Anmeldeschluss: 01.09.2004 unter Telefonnummer 069/153099-0, Fax 153099-20 oder E-Mail: metz@cduffm.de



v.l.n.r. die Frankfurter CDU-Landtagsabgeordneten Boris Rhein, Alfons Gerling, Michael Boddenberg, Gudrun Osterburg, Ulrich Caspar und Udo Corts.

Programm:

- 14.00 Uhr Abfahrt am Bushaltepunkt Paulsplatz/Berliner Straße. Die Anreise kann natürlich auch privat erfolgen.
- 15.00 Uhr Treffpunkt am Eingang des Landtagsgebäudes, Schlossplatz 1-3, Wiesbaden.
- 15.15 Uhr Führung durch den Landtag.
- 16.00 Uhr Gespräch mit den Abgeordneten und kleiner Imbiss.
- 17.00 Uhr Teilnahme an der Plenarsitzung des Landtages.
- 18.30 Uhr Rückfahrt nach Frankfurt/Main.



Foto: ESA

1. Oktober
14.00 Uhr

Besichtigung des Europäischen Raumflugkontrollzentrums

Besichtigung des ESOC (European Space Operation Centre), Missionskontrollzentrum für die meisten Weltraumprojekte der ESA (European Space Agency). Treffpunkt: Vor der Pforte des ESOC, Robert-Bosch-Str. 5, 64293 Darmstadt. Veranstalter: Frauen Union. Anmeldung: Hilde Krauß, Tel. 0 69/21 99 82 95. Weitere Informationen zu ESOC: www.esoc.esa.de

17. Juli
14.30 Uhr



Sommerfest der CDA

Mit Speis und Trank zu zivilen Preisen, Spielmöglichkeiten für Kinder (Fahrrad und Roller-Skates), Ort: Werkstatt Frankfurt, Tower Café, Am Burghof 55, Frankfurt-Bonames. Veranstalter: CDA Frankfurt am Main.



1. Oktober
19.00 Uhr



Griesheimer Abend des Ehrenamtes

Gastredner: Staatsminister Udo Corts MdL, Kreisvorsitzender der Frankfurter CDU. Ort: Kleingartenverein KGV Kastanienwald e. V., Kleyerstraße, Frankfurt-Griesheim. Veranstalter: CDU Griesheim.

